



Europa Aktuell 1/2021

Ausschuss der Regionen: Heiße Debatte über Aufbaupläne

Bis Ende April müssen die EU-27 nationale Aufbaupläne vorlegen, um 672,5 Mrd. Euro an Förderungen und Darlehen aus der Aufbau- und Resilienzfazilität nutzen zu können. Im AdR wurde dies im Rahmen der Plenarsitzung Anfang Februar heftig diskutiert.

Die Aufbau- und Resilienzfazilität ist das Kernstück des Programms Next Generation EU und soll den wirtschaftlichen Aufbau sowie von der EU-Kommission seit langem geforderte Reformen finanzieren helfen. Der Ausschuss der Regionen setzt sich seit Bekanntwerden der Pläne dafür ein, die nationalen Konzepte gemeinsam mit der lokalen und regionalen Ebene zu entwickeln. Ende 2020 führte er mit dem europäischen Dachverband RGRE eine Umfrage durch, welche eine nur geringe Zufriedenheit der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bzw. ihrer Verbände mit dem damaligen Prozess zutage förderte. Nur in Finnland, Irland, Litauen, Rumänien und den Niederlanden gab es bis Ende 2020 Gebietskörperschaften-übergreifende Gespräche, Finnland stach hervor, weil auch Gemeindeverband und andere Stakeholder in wirklich umfassende Diskussionen involviert waren.

Diese Studie nahm der Präsident des Ausschusses der Regionen nun zum Anlass für einen Frontalangriff auf die EU-Kommission, welche für die Genehmigung der nationalen Aufbau- und Reformpläne verantwortlich ist.

Die zuständige Kommissarin Elisa Ferreira versicherte den Ausschussmitgliedern jedoch, dass die Kommission den Nachweis umfassender Konsultationen bei der Bewertung der Pläne sehr wohl einfordern würde und dass die Pläne regionale Disparitäten und Kohäsion berücksichtigen müssten. Nichtsdestotrotz sollten sich Gemeinden und Regionen weiterhin proaktiv in die nationalen Debatten einbringen – ein Punkt, den auch die o.g. Studie zutage gefördert hat. Ende letzten Jahres fanden die pro-aktiv geäußerten Kontaktwünsche und Projektvorschläge noch wenig Beachtung, bis zur Frist Ende April kann sich dies aber noch ändern.

Nähere Informationen zur Umfrage des AdR finden Sie hier:

<https://cor.europa.eu/de/news/Pages/post-covid-recovery-plans-.aspx>



Konferenz zur Zukunft Europas – Beginn nun absehbar?

Im Zwist um die Vorsitzführung der Zukunftskonferenz gibt es einen Kompromissvorschlag Richtung Dreivorsitz. Sobald eine Einigung erzielt ist, möchte der portugiesische Ratsvorsitz die Zukunftskonferenz so schnell wie möglich beginnen lassen.

Wir erinnern uns: Die Debatte über die Konferenz zur Zukunft Europas zieht sich nun schon fast zwei Jahre, ohne COVID-19 hätte die Konferenz am Europatag 2020 beginnen sollen. Im Juni 2020 setzte Europaministerin Edtstadler einen ersten Schritt und organisierte eine online-Debatte mit EU-Gemeinderäten, seitdem finden in den Bundesländern Österreich-Dialoge zur EU statt. Die von der EU-Kommission angekündigte interaktive Homepage zur Dezentralisierung der Konferenz ist aber noch immer nicht online. Das liegt v.a. daran, dass sich Kommission, Rat und Parlament bis dato nicht auf die Vorsitzführung einigen konnten. Der nun vorgeschlagene Kompromiss ist typisch: Jede Institution benennt bis zu drei Kandidaten, das Vorsitz-Triumvirat wird von einem Sekretariat unterstützt, das ebenfalls zu gleichen Teilen von Rat, Parlament und Kommission besetzt werden soll. Ausschuss der Regionen und Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss sollen Beobachterstatus einnehmen. Wenn dieser Vorschlag durchgeht, könnte die Konferenz mit einer Auftaktveranstaltung am Europatag (9. Mai) beginnen und unter französischer Ratspräsidentschaft im Frühjahr 2022 erste Ergebnisse präsentieren.

<https://www.bundestkanzleramt.gv.at/themen/unsere-Zukunft-eu-neu-denken.html>

Berufspraktikum in Straßburg

Der Kongress der Gemeinden und Regionen in Straßburg sucht Mitarbeiter. Konkret entsendetes Personal aus Gemeinden, Bundesländern oder seitens des Bundes, die den Kongress für ein bis maximal drei Jahre unterstützen.

Bis 28. Februar läuft die Bewerbungsfrist für fünf Stellen im Kongress. Gesucht werden Mitarbeiter aus öffentlichen Verwaltungen, die einen Universitätsabschluss und Sprachkenntnisse mitbringen und ein bis maximal drei Jahre im Europarat in Straßburg arbeiten wollen. Die Themenbereiche umfassen Asyl/Migration, Jugendarbeit oder Wahlbeobachtung. Die Liste der ausgeschriebenen Stellen sowie weiterführende Informationen finden sich [hier](#).

Einziger Wermutstropfen für all jene, die gerne ein Jahr Auslandserfahrung sammeln wollen: Gehalt und Sozialversicherungsbeiträge müssen von der entsendenden Dienststelle weiterbezahlt werden, der Europarat übernimmt im Zusammenhang mit der Entsendung keinerlei Kosten.

<https://www.coe.int/en/web/congress/home>

Konsultationen zu Bodenstrategie und Digitalsteuer

In Vorbereitung von Gesetzgebungsvorschlägen führt die EU-Kommission öffentliche Konsultationen durch. Aktuell sind Meinungen u.a. zur EU-Bodenstrategie und der Besteuerung digitaler Unternehmen gefragt. Bereiche, die auch von kommunalem Interesse sind.

Bodenstrategie:

Im Zusammenhang mit der EU-Biodiversitätsstrategie wird eine neue Bodenstrategie entwickelt. Ziel ist es, Bodendegradation zu verringern, Landverödung aufzuhalten und insgesamt den Zustand europäischer Böden zu verbessern um Biodiversität und Klimaschutz zu stärken. Obwohl Böden nur eine geringe grenzüberschreitende Komponente aufweisen, dürfte der Green Deal eine europäische Strategie oder Leitlinien rechtfertigen.

Politisch und legislativ erscheint ein Einwirken über Gemeinsame Agrarpolitik, Düngemittelverordnung, Forststrategie, Bauprodukteverordnungen, Industriepolitik und EU-Fördermittel zielführend, die 12 Fragen befassen sich daher u.a. mit diesen europäischen Möglichkeiten. Harmonisierte Vorschläge für die Raumordnung sind aber aus Gemeindesicht schlichtweg abzulehnen, hier besitzt die Europäische Union auch keinerlei Kompetenz. Interessierte haben bis 27. April Gelegenheit, sich an der Konsultation zu beteiligen.

Digitalsteuer:

Der Gemeindebund sprach sich in der gemeinsam mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund verabschiedeten Erklärung von Weeze bereits 2019 für eine steuerrechtliche Gleichbehandlung von niedergelassenem Einzelhandel und Onlinehandel aus, die nun eröffnete Konsultation bietet einer breiten Öffentlichkeit Möglichkeit zur Mitsprache. Der neue Eigenmittelbeschluss zur Refinanzierung des Wiederaufbauprogramms Next Generation EU sieht eine Digitalsteuer als Möglichkeit, die EU-Eigenmittel zu erhöhen, die Kommission muss daher noch heuer einen entsprechenden Vorschlag vorlegen. Die portugiesische Ratspräsidentschaft hat überdies angekündigt, bei Scheitern der internationalen Verhandlungen innerhalb der OECD jedenfalls eine europäische Digitalsteuer voranzutreiben, welche nicht zuletzt zur Stärkung der öffentlichen Finanzen nach der COVID-Krise nötig ist. Dieser Meinung haben sich übrigens sogar die Experten der OECD in einem im Frühjahr veröffentlichten Positionspapier angeschlossen. Der [Fragebogen](#) umfasst 40 Fragen sowie Hintergrundinformationen zum laufenden Verhandlungsprozess und verwandten Themen der Datenstrategie. Er ist bis 12. April online.

Für die Beantwortung beider Fragebögen braucht es einen EU-Login.

Hier findet sich die Liste sämtlicher Konsultationen:

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives>